

Sri Lanka: Rückblick 2004, Ausblick auf 2005

Astrid Becker, FES Colombo, Januar 2005

- Die Flutwelle vom 26. Dezember zerstörte große Teile des Küstenstreifens im Süden, Osten und Norden Sri Lankas. Über 30.000 Menschen, ein Drittel davon Kinder, kamen dabei ums Leben, mehrere Tausend Personen gelten weiterhin als vermisst. Über 800.000 Menschen sind in Auffanglagern untergebracht. Die Hoffnung, dass es durch die Katastrophe zu einer Annäherung zwischen Regierung und Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) kommen würde, hat sich bisher nicht erfüllt.
- Mit einem Überraschungssieg der United Peoples Freedom Alliance (UPFA) endeten die 13. Parlamentswahlen in Sri Lanka am 2. April. Die siegreiche Allianz aus Sri Lanka Freedom Party (SLFP) und Janatha Vimukthi Peramuna (People's Liberation Front – JVP) erhielt 45% der Stimmen. Sie kann damit 105 der 225 Parlamentssitze für sich beanspruchen und löst die bisherige United National Front (UNF)-Regierung unter Führung von Ranil Wickremesinghe ab.
- Zwar ist damit die Politik der Kohabitation beendet, politische Stabilität wurde mit dem Wahlausgang aber nicht gewonnen. Als problematisch erweisen sich insbesondere die widersprüchlichen Positionen der Allianzpartner zu drängenden Problemen des Landes, insbesondere der Fortführung des Friedensprozesses. Hierzu konnten 2004 keine Fortschritte erzielt werden, da weder die sri-lankische Regierung noch die LTTE zu Zugeständnissen bereit waren.
- In ihrer Wirtschaftspolitik zielt die UPFA-Regierung auf Armutsreduzierung durch die Förderung von Landwirtschaft sowie kleinerer und mittlerer Unternehmen. Der Staat soll dabei eine aktivere Rolle als bisher spielen. Zur Finanzierung soll die Basis für die Erhebung der Einkommenssteuer erweitert werden, darüber hinaus sind zahlreiche Importsteuererhöhungen vorgesehen.

Flutkatastrophe im Dezember

Die Flutwelle vom 26. Dezember zerstörte große Teile des Küstenstreifens im Süden, Osten und Norden Sri Lankas. Über 30.000 Menschen, ein Drittel davon Kinder, kamen dabei ums Leben, mehrere Tausend Personen gelten weiterhin als vermisst. Über 800.000 Obdachlose sind in provisorischen Lagern in Schulen und Tempeln untergebracht. Die wirtschaftlichen Schäden beziffert die Regierung auf 1,5 Billionen US\$. Nach anfänglichem Chaos – viele Ortschaften waren auf dem Landweg nicht mehr erreichbar, auch der Telefonkontakt war unterbrochen – begannen drei Tage nach der Katastrophe die Hilfs- und Aufräumarbeiten. Die internationale Solidarität ist groß, die UN, alle großen Hilfsorganisationen sowie multi- und bilaterale Geber haben humanitäre Hilfe angeboten. Präsidentin Kumaratunga, die zum Zeitpunkt der Katastrophe außer Landes war, übernahm direkt nach ihrer Rückkehr die Koordinierung der Hilfe. Anfang Januar wurde ein National Operation Center eingerichtet, in dem alle großen Geber vertreten sind. Nach gemeldeten Fällen von Plünderungen und Diebstahl wurde die sri-lankische Armee zur Verteilung der Hilfsgüter eingesetzt. Die Solidarität innerhalb der Bevölkerung, die landesweit

spendet und Hilfslieferungen privat organisiert, ist ausgesprochen groß. Ethnische, politische oder religiöse Grenzen existieren dabei auf der menschlichen Ebene nicht.

Betroffen ist ein ca. 400 m breiter, stark bevölkerter Küstenstreifen, in dem u.a. die wichtigsten Straßen- und Eisenbahnverbindungen verlaufen. Obwohl zurzeit noch die Versorgung der Flüchtlinge und die Vermeidung von Seuchen im Mittelpunkt der Hilfsaktivitäten stehen, konnten die Landverbindungen bis Anfang Januar wieder hergestellt werden. Vielfach können Hilfsgüter aus nicht betroffenen Nachbarregionen herbeigeschafft werden. Die Hoffnung, dass es durch die Katastrophe zu einer Annäherung zwischen LTTE und Regierung kommen würde, hat sich bisher nicht erfüllt. Die LTTE besteht auf der Organisation eigener Hilfsmaßnahmen durch die Tamil Rehabilitation Organisation (TRO) und lehnt eine direkte Zusammenarbeit mit der Regierung ab. Auf lokaler Ebene gibt es aber Koordinierungsstellen, in denen Regierung und LTTE gleichberechtigt vertreten sind. Im Süden versucht die JVP politisches Kapital aus der Katastrophe zu ziehen: Sie übernimmt Hilfslieferungen von Dritten privaten Spendern und verteilt sie unter eigenem Label an die Betroffenen.

Machtkampf zwischen Präsidentin und Premierminister endet mit Neuwahlen

Auch vor der Flutkatastrophe war 2004 ein turbulentes Jahr für den Inselstaat, in dem steigende politische, ethnische und religiöse Spannungen auftraten. Unterschiedliche Vorstellungen über die Friedensverhandlungen mit der LTTE zwischen der UNF-Regierung unter Wickremesinghe und Präsidentin Kumaratunga hatten in den Vorjahren zu wachsenden Spannungen geführt. Der Regierung Wickremesinghes war es im Februar 2002 gelungen, unter Vermittlung Norwegens einen seither andauernden Waffenstillstand mit der LTTE zu schließen. Für den Wiederaufbau des Nordens und Ostens des Landes sagte die internationale Gemeinschaft auf der Tokyo-Konferenz über 4,5 Milliarden US\$ zu. Präsidentin Kumaratunga wurde von der Regierung in die Friedensverhandlungen nicht einbezogen; sie hatte Wickremesinghe wiederholt vorgeworfen, der LTTE gegenüber zu kompromissbereit zu sein. Kurz nach Unterbreitung eines schriftlichen Vorschlags der LTTE zum Aufbau einer Interimsverwaltung für den von ihr kontrollierten Norden und Osten des Landes, rief die Präsidentin Anfang November 2003 den Ausnahmezustand aus, da sie die nationale Sicherheit gefährdet sah. Kumaratunga übernahm im Rahmen der ihr verfassungsmäßig zustehenden Kompetenzen drei Schlüsselministerien gleichzeitig – Verteidigung, Inneres und Medien – und beurlaubte das Parlament für zwei Wochen. Nachdem in zahlreichen Verhandlungsrunden kein Kompromiss hinsichtlich der weiteren Zusammenarbeit zwischen Präsidentin und Regierung erzielt werden konnte, löste Kumaratunga am 8. Februar das Parlament auf und setzte Neuwahlen an. In der Bevölkerung stieß dies auf vielfache Kritik, schließlich fanden damit die dritten Wahlen innerhalb von vier Jahren statt, für die ca. 5,2 Millionen Euro ausgegeben wurden.

Im Januar hatte die von Kumaratunga geführte SLFP die langwierigen Verhandlungen mit der JVP zur Bildung einer Allianz erfolgreich abgeschlossen. Beide Gruppierungen kandidierten gemeinsam als UPFA. In der SLFP und den mit ihr in der Peoples Alliance (PA) zusammen arbeitenden Parteien war die Allianz allerdings umstritten. Nachdem die marxistische JVP 1971 und 1987 gewalttätig versuchte, die Regierung zu stürzen, war sie verboten und erst 1994 wieder zugelassen worden. Seitdem hat sie ihre Strategie geändert und hat sich mit wenigen Abgeordneten an der Parlamentsarbeit beteiligt. An ihren radikalen Forderungen hinsichtlich der Lösung des ethnischen Konfliktes und zur Wirtschaftspolitik hat sie jedoch festgehalten.

Für die 225 Parlamentsmandate kandidierten über 6.000 Personen aus 24 politischen Parteien und über 200 unabhängigen Gruppen. Mit über 75% lag die Wahlbeteiligung ausgesprochen hoch. Erstmals seit 20 Jahren konnte die Bevölkerung in den von der LTTE kontrollierten Gebieten wählen: Nach langen Verhandlungen einigten sich Regierung und LTTE darauf, außerhalb des LTTE-kontrollierten Gebietes Wahlzentren aufzubauen, zu denen die Bevölkerung in Bussen transportiert wurde. Nationale und internationale Beobachter bewerteten den Wahlverlauf trotz verschiedener Zwischenfälle als frei und fair. Auf Kritik stieß die kontinuierliche Einflussnahme der staatlichen Medien zugunsten der UPFA. Im Vergleich zu vorherigen Wahlen wurde, nicht zuletzt aufgrund besonderer Sicherheitsmaßnahmen, ein erheblich geringeres Maß an Gewalt während des Wahlkampfes und der Wahlen registriert.

Mit 45,6% der landesweit abgegebenen Stimmen konnte die UPFA die Wahlen für sich entscheiden, verfehlte aber die angestrebte absolute Mehrheit. Eine Analyse der Stimmanteile für die Allianz zeigt, dass nur die JVP Gewinne verzeichnen kann, sie stellt 39 Abgeordnete (2001:16). Die SLFP hat Mandate verloren und kommt auf 66 Sitze. In fast allen Wahlbezirken lagen JVP-Vertreter auf den ersten Rängen, während sich prominente SLFP-Vertreter mit hinteren Plätzen zufrieden geben müssen. In den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes hatte die UPFA ihre Kritik an den Friedensverhandlungen, die Korruptionsbekämpfung, die Abschaffung der Exekutivpräsidentschaft und die Schaffung von 30.000 neuen Arbeitsplätzen gestellt. Ihre Wählerschaft fand die UPFA vor allem in der ländlichen Bevölkerung bzw. in der Jugend der singhalesischen Mehrheit des Landes, für die sich die Wirtschaftsreform der UNF-Regierung negativ ausgewirkt hat.

Die UNF führten ihren Wahlkampf unter Verweis auf die Erfolge im Friedensprozess und im wirtschaftlichen Wiederaufbau. Doch scheint die wirtschaftliche Erholung – 2003 wurden 6% Wirtschaftswachstum erzielt – für die Mehrheit der Wähler nicht spürbar gewesen zu sein. Unzureichende Informationen über den Verlauf der Friedensverhandlungen, fehlende Berücksichtigung der ärmeren Bevölkerungsgruppen und zahlreiche Korruptionsvorwürfe gegen Regierungsmitglieder haben das Vertrauen in die größte Partei der UNF, der UNP, erheblich erschüttert. Besonders enttäuscht zeigten sich die Wähler in den Grenzregionen zu den LTTE-kontrollierten Gebieten, die 2001 mehrheitlich für Wickremesinghe gestimmt hatten. Die UNF

ist im neuen Parlament mit 82 Sitzen die zweitgrößte Fraktion.

Die der LTTE-nahestehende Tamil National Alliance (TNA) zog mit 22, der SLMC mit 5 Vertretern in das Parlament ein. Als Einzige von der LTTE unabhängige tamilische Partei sendet die Eelam People's Democratic Party (EPDP) einen Abgeordneten. Überraschend gut schnitt die erst kurz vor den Wahlen gegründete Jathika Hela Urumaya (Partei Nationales Erbe - JHU) ab, die mit 9 Abgeordneten im Parlament vertreten ist. Die Partei wurde von buddhistischen Mönchen gegründet. Ihr Ziel ist der Aufbau einer "Dharmaduvipaya", einem buddhistisch geprägten Sri Lanka. In ihrer Parlamentsarbeit wollen die Mönche für eine stärkere Berücksichtigung buddhistischer Interessen sowie transparente und korruptionsfreie Regierungsarbeit eintreten.

Mit dem Wahlergebnis haben die Wähler ihre Unzufriedenheit mit den etablierten politischen Parteien deutlich gemacht, wie das gute Abschneiden von JVP und JHU belegen. Gleichzeitig wurde die wachsende ethnische, religiöse und soziale Polarisierung der Gesellschaft offensichtlich: Neben den großen Parteien SLFP und UNP sind Interessenvertretungen der singhalesischen Jugend (JVP), Tamilen (TNA), Buddhisten (JHU) und Moslems (SLMC) im Parlament.

Langwierige Mehrheitsbildung im Parlament

Direkt nach den Wahlen begann die UPFA Gespräche mit zahlreichen Parlamentariern, um eine Mehrheit im Parlament zu erreichen, zunächst mit wenig Erfolg. Ein erster Test war die Wahl des einflussreichen Speaker of Parliament, bei der sich der Kandidat der Opposition durchsetzte. Zwar gelang es der Allianz, zwei Mönche der JHU auf ihre Seite zu ziehen; da die JHU jedoch im Vorfeld erklärt hatte, sich neutral verhalten zu wollen, stimmten zwei andere Mönche im entscheidenden dritten Wahlgang für den Kandidaten der Opposition, um diese Stimmen zu neutralisieren. Der Abstimmungsprozess war von heftigen Tumulten und tätlichen Angriffen von JVP-Abgeordneten gegen JHU-Mönche begleitet.

Bis November wechselten weitere Abgeordnete, z.B. des einflussreichen CWC, der über die UNP-Liste in das Parlament eingezogen war, des SLMC sowie der JHU ins Regierungslager über. Zuletzt lief während der Haushaltsdebatte ein Abgeordneter der UNP zur UPFA über und wurde sofort als Minister für Advanced Technology vereidigt. Zum Jahresende verfügte die Allianz damit über eine Mehrheit im Parlament, verfügt

jedoch weiterhin nicht über die für Verfassungsänderungen nötige Zwei-Drittel-Mehrheit.

Regierungsarbeit

Bei der Besetzung der Ministerposten spielte die Präsidentin eine maßgebliche Rolle. Sie selbst hat die Ressorts Verteidigung, Erziehung, Wiederaufbau sowie Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen inne. Als neuer Premierminister wurde Mahinda Rajapakse ernannt. Rajapakse war zuvor Oppositionsführer im Parlament und gilt als politisch moderat und volksnah. Die Regierungsbildung gestaltete sich durch Konflikte innerhalb der Allianz langwieriger als erwartet: Da die JVP mit den ihr zunächst angebotenen Ressorts nicht zufrieden war, blieb sie der Vereidigung des Premierministers fern. Erst Ende April konnten die Streitigkeiten ausgeräumt werden, wobei die JVP die von ihr als Schlüsselressorts betrachteten Ministerien für Kultur, Landwirtschaft und Bewässerung sowie Fischerei und ländliche Kleinindustrie erhielt. Obwohl sich die UPFA in ihrem Wahlprogramm verpflichtet hatte, die Zahl der Ministerien auf 35 zu beschränken, stieg die Zahl der Minister im Kabinett bis Jahresende auf 38 an, hinzu kommen weitere vier Minister ohne Kabinettsrang.

Während der Verhandlungen zur Bildung der UPFA konnten SLFP und JVP keinen Konsens zu drängenden Problemen des Landes, insbesondere über die weitere Gestaltung des Friedensprozesses, finden. Auch nach dem Wahlsieg hielten beide Parteien an ihrer Position fest. Widersprüchliche Aussagen von Kabinettsmitgliedern führten zu wachsender Verunsicherung in der Bevölkerung. Die JVP betrieb zu wichtigen Fragestellungen, z. B. der Weiterführung bereits eingeleiteter Privatisierungsprozesse eher Oppositions- als Regierungspolitik und organisierte über die ihr angeschlossenen Gewerkschaften Streiks gegen Regierungsentscheidungen. Die Partei versuchte gezielt, politische Gewinne aus der Flutkatastrophe zu ziehen. Von ihr rekrutierte Jugendliche halfen bei den Aufräumarbeiten im Süden, ohne sich mit den Regierungsstellen zu koordinieren. Auf große Kritik stieß die Konfiszierung von privaten Hilfslieferungen, die dann unter JVP-Label in den Flüchtlingslagern verteilt wurden.

Vor allem in der Wirtschaftspolitik sah es lange so aus, als würden die Koalitionspartner nicht zueinander finden. Ein zunächst vorgelegtes Strategiepapier zur Wirtschaftspolitik war aufgrund fehlender Konsistenz von den internationalen Organisationen heftig kritisiert worden: So weigerte sich die Weltbank, in Aussicht gestellte

Tranchen auszuzahlen, solange kein plausibler Politikentwurf vorliegt.

Erst im November wurde bei der Vorstellung des Haushalts 2005 die Entwicklungsstrategie für die nächsten Jahre umrissen: Die Regierung setzt auf Wachstum und Armutsreduzierung durch die Förderung der Landwirtschaft und der kleinen und mittleren Unternehmen. Vorgesehen ist der Aufbau von landesweit 1000 "Industrial Villages" sowie die Einrichtung einer speziellen Bank für Klein- und Mittelunternehmen. Steuerbefreiungen und der Ausbau der Infrastruktur sollen die Strategie abrunden.

Mit dem vorgelegten Haushalt für 2005 erfüllt die Regierung zahlreiche Wahlversprechen: So wurden die Gehälter der Beschäftigten im Staatsdienst in zwei Stufen um 40% angehoben. 20% erhielten die Beschäftigten ab Dezember 2004, die weitere Anhebung erfolgt dann im Januar 2006. Gleichzeitig werden die Gehälter erstmals steuerpflichtig, außerdem wurde die tägliche Arbeitszeit von acht auf neun Stunden erhöht. Um die Jugendarbeitslosigkeit abzubauen, sollen 30.000 Schulabgänger und 41.000 Universitätsabsolventen neu eingestellt werden, Traineeprogramme wurden bereits eingeleitet. Das ist ein klarer Bruch zur Strategie der Vorgängerregierung, die mit dem Abbau von Arbeitsplätzen im Staatsdienst begonnen hatte. Noch unter der letzten PA-Regierung war eine spezielle Kommission zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Drittel der Stellen im öffentlichen Sektor abgebaut werden müsse, da die Gehaltskosten langfristig nicht tragbar seien. Nach Angaben der UPFA-Regierung soll der öffentliche Sektor nun in Zukunft eine aktive Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung spielen, wozu eine deutliche Steigerung der Beschäftigtenzahl notwendig sei. Allerdings ist fraglich, wie die Schulabgänger beschäftigt werden können, da in den bestehenden Institutionen nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Finanziert werden soll der Haushalt durch steigendes Steueraufkommen und weitere Kreditaufnahme. Nach Angaben des Finanzministeriums zahlen nur 200.000 der 6,8 Millionen Beschäftigten Einkommenssteuer. Durch einen neuen Kriterienkatalog soll diese Basis gesteigert werden. Änderungen gab es auch bei der Mehrwertsteuer, die nun drei unterschiedliche Niveaus hat: 5% für Lebensnotwendiges, 18% für Luxusartikel und 15% für Übriges. Bereits vor den Haushaltsverhandlungen waren zusätzliche Steuern auf den Import von Autos und Elektrogeräten in Kraft gesetzt worden. Durch die aus diesen Maßnahmen resultierenden Importreduzierungen sollen die Devisenreserven geschont

werden. Darüber hinaus wurde ein Gesetz verabschiedet, das auf Landkäufe von Ausländern eine 100%-Steuer erhebt. Durch die Rücknahme der Steueramnestie der UNF-Regierung sollen weitere 3 Milliarden Rupees eingenommen werden. Im Haushalt wird außerdem die Besteuerung von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen angekündigt, wobei über die Verfahrensweise bisher nichts bekannt geworden ist. Die JVP hatte seit Regierungsübernahme wiederholt Kampagnen vor allem gegen internationale Organisationen begonnen, in denen ihnen einseitige Parteinahme für die LTTE unterstellt wurde.

Mit dem Haushalt bedient die Regierung ihre Klientel, allerdings ist fraglich, ob das Budget sich wie geplant "people-friendly" auswirken wird. Von den 6,8 Millionen Beschäftigten sind 1,2 Millionen im Staatsdienst beschäftigt. Für die anderen werden sich die steigenden Preise von Gebühren, importierten Nahrungsmitteln und Haushalts- und Bürogeräten negativ auswirken.

Eindeutige Priorität für Präsidentin Kumaratunga hat die im Wahlkampf versprochene **Verfassungsreform zur Abschaffung der Exekutivpräsidentschaft** sowie eine Änderung des Wahlrechts. Kumaratunga kann nach zwei Amtsperioden nicht wieder kandidieren und hofft, nach der Verfassungsänderung als Premierministerin weiter regieren zu können. Eine Änderung des Wahlrechts sei notwendig, da mit dem geltenden proportional repräsentativen Wahlsystem keine Mehrheiten im Parlament möglich seien. Nach Ansicht der Präsidentin hätte die UPFA aufgrund ihres Sieges in 2/3 der Wahlbezirke eine absolute Mehrheit im Parlament erhalten müssen. Durch den Ausgang der Provinzwahlen im Juli – hier gewann die UPFA in allen sechs Provinzen – sieht die Allianz ihre Position gestärkt. Für eine Verfassungsänderung ist allerdings eine Zweidrittelmehrheit im Parlament notwendig, über die die UPFA bisher nicht verfügt. Sollte das Wahlrecht geändert werden, ist davon auszugehen, dass die Minderheiten, insbesondere die Tamilen, in Zukunft keine maßgebliche Rolle im Parlament mehr spielen und sich vom politischen Geschehen ausgegrenzt fühlen, was zu weiteren Polarisierungen in der Bevölkerung führen könnte.

Zu juristischen Streitigkeiten führte auch die Ankündigung von Kumaratunga, **Präsidentenwahlen erst 2006** abzuhalten. 1994 wurde sie erstmals als Präsidentin gewählt und dann 1999 in vorgezogenen Neuwahlen im Amt bestätigt. Nach Ansicht Kumaratungas muss die Dauer des vorzeitig beendeten ersten Mandats in vollem Umfang berücksichtigt werden. Zudem

hätte sie 2000 in einer bisher geheim gehaltenen Zeremonie einen weiteren Amtseid abgelegt. Bisher war man davon ausgegangen, dass Präsidentschaftswahlen sechs Jahre nach den vorherigen, d.h. 2005 stattfinden würden. Allerdings sind die Regelungen in der Verfassung nicht eindeutig, so dass ein Wahltermin 2005 oder 2006 möglich ist. Bereits jetzt beginnen die Spekulationen über ihre Nachfolge. Kumaratunga befürwortet die Kandidatur ihres Bruder Anura Bandaranaike für die SLFP bei den nächsten Wahlen, aber auch Premierminister Rajapakse hat Interesse an einer Kandidatur. Da er in seiner jetzigen Position viele Sympathien in der Bevölkerung gewinnen konnte, ist er als Kandidat für die SLFP eine Alternative zu Anura Bandaranaike. Dies wäre jedoch gegen die Interessen der JVP, die keinen Kandidaten aus dem Süden zulassen will, wo sie ihre Wählerschaft hat. Die UNP hat sich bereits für Oppositionsführer Ranil Wickremesinghe als Kandidaten ausgesprochen.

Erklärtes Ziel der UPFA-Regierung in ihrem Wahlkampf war die **Korruptionsbekämpfung**. Bisher beschränken sich konkrete Schritte jedoch auf Ermittlungsverfahren gegen hochrangige Oppositionspolitiker. Die Arbeit der unabhängigen Antikorruptionskommission wird durch administrative Regelungen erheblich beeinträchtigt. So ist die Kommission nur arbeitsfähig, wenn alle vier Commissioner anwesend sind. Ab Januar wird die Arbeit der Kommission ganz zum Erliegen kommen, da die Mandate der Mitglieder zum Jahresende auslaufen. Zwar hat das Constitutional Council bereits neue Mitglieder vorgeschlagen, diese wurden bisher aber noch nicht von der Präsidentin offiziell benannt.

Unter zunehmende Kritik geraten das sri-lankische **Justizsystem** und die Polizei. Langwierige Gerichtsverfahren und unprofessionelle Ermittlungsarbeit führen zu wachsenden Problemen in der Rechtsprechung. Die Präsidentin hatte im Oktober, basierend auf einem Bericht von Transparency International aus den Vorjahren, auf die verbreitete Ineffizienz und Korruption in beiden Bereichen hingewiesen. Die Kriminalität ist im Berichtsjahr weiter gestiegen, besondere Aufmerksamkeit erregte die Ermordung eines Richters, der gegen Drogenhändlerlinge ermittelt hatte. Die Präsidentin kündigte daraufhin an, in Zukunft wieder die Todesstrafe verstrecken zu lassen.

Politische Parteien

Die UNP hat nach dem für sie enttäuschenden Wahlergebnis eine umfassende interne Reform angekündigt, die bisher aber nicht erkennbar ist. Obwohl sie die größte Oppositionspartei im Par-

lament ist, verfolgt sie bisher keine aktive Oppositionspolitik. Aktionen beschränkten sich auf die Organisation von Protestmärschen gegen die steigenden Lebenshaltungskosten und gegen die Verurteilung eines hochrangigen Parteimitglieds wegen Justizbeleidigung.

Nach der Flutkatastrophe gründeten alle im Parlament vertretenen Parteien mit Ausnahme der TNA ein Disaster Relief Management Komitee. Entsprechend dem Aufruf der Präsidentin, angesichts der Katastrophe politische Differenzen zu überwinden, planen die Parteien über das Komitee die gemeinsame Unterstützung der Flutopfer. Bisher ist die Initiative allerdings noch nicht aktiv in Erscheinung getreten.

Spannungen zwischen den Religionen

Zum Buddhismus bekennen sich knapp 70% der Bevölkerung, daneben existieren große hinduistische, muslimische und christliche Gruppen. Zu Jahresbeginn und vor Weihnachten fanden erstmals Übergriffe gegen christliche Kirchen statt, allerdings ist bisher ungeklärt, wer dafür verantwortlich ist. Die Gründung der JHU als buddhistische Partei ist ein weiterer Indikator für die wachsenden religiösen Spannungen im Land. Die JHU zielt auf die Schaffung eines ausschließlich buddhistisch geprägten Landes. Hierzu brachte sie verschiedene Gesetzesentwürfe im Parlament ein. Zwar wurde ihre Initiative, den Alkoholverkauf zu verbieten, direkt abgelehnt, offen ist aber die Debatte um die "Anti-Conversion"-Bill. Mit diesem Gesetz soll der Religionswechsel von Buddhisten strafbar werden. Die Mönche richten sich vor allem gegen ausländische christliche Organisationen, die Missionsarbeit mit Geldzahlungen und Geschenken betreiben. Zu Straßenschlachten führte ein von buddhistischen Mönchen organisierter Protest gegen ein Popkonzert eines indischen Stars, das am Todestag eines im Vorjahr verstorbenen Mönches stattfinden sollte. Erst nach einer direkten Entschuldigung durch die Veranstalter konnte das Konzert stattfinden. Während des Konzerts kamen bei einem Anschlag mit einer Handgranate zwei Besucher ums Leben. In Indien hat dieser Anschlag großes Entsetzen ausgelöst, zahlreiche Reisesstornierungen waren die Folge.

No war, no peace - Stillstand bei den Friedensverhandlungen

2004 gelang es nicht, den seit April 2003 ins Stocken geratenen Friedensprozess erfolgreich weiter zu führen. Beide Seiten – die sri-lankische Regierung und die LTTE – zeigten wenig Kompromissbereitschaft, hielten aber am Waffenstillstandsabkommen fest. Die Tiger streben einen Tamilenstaat im Norden und Osten Sri Lankas an. Während im Norden die Tamilen die Mehrheit der Bevölkerung stellen, leben im Osten große singhalesische und muslimische Gruppen, die befürchten, bei der Bildung einer gemeinsamen Nord-Ostprovinz von der LTTE diskriminiert zu werden.

In der UPFA-Regierung herrscht bisher kein Konsens über die Weiterführung der Verhandlungen. Während die SLFP und die Präsidentin mehrfach Verhandlungsbereitschaft signalisierten, lehnt die JVP Verhandlungen ebenso wie das im Frühjahr 2002 unterzeichnete Waffenstillstandsabkommen ab. Mehrfach drohte die JVP mit dem Ende der Allianz, sollten Verhandlungen mit der LTTE aufgenommen werden. Aus Sicht der JVP bedeutet eine Konfliktbeilegung nach den Oslo-Kriterien, die eine föderale Lösung vorsehen, bereits eine Teilung des Landes. Eine ähnliche Position wird auch von der JHU vertreten.

Die LTTE ihrerseits hält an ihrer Forderung fest, ausschließlich auf Basis des von ihr im Oktober 2003 vorgelegten Entwurfes für eine Interimsverwaltung (Interim Self-Administration Authority – ISGA) für den Norden und Osten des Landes weiter zu verhandeln. Die ISGA stellt dabei eine Maximalforderung dar: Vorgeschlagen wird der Aufbau einer ausschließlich unter LTTE-Führung stehenden Verwaltung, die wenig Spielraum für eine Demokratisierung des Nordostens zulässt. Den Vorschlag der Regierung, parallel zur ISGA über die friedliche Beilegung des Konflikts zu verhandeln, lehnt die LTTE ab. Auch zahlreiche Besuche der norwegischen Vermittler konnten keine Änderung in den Positionen beider Seiten erreichen. Anfang des Jahres hatten die Norweger ihre Vermittlung befristet eingestellt, da sich vor den Wahlen keinerlei Ansätze für weitere Verhandlungen abzeichneten. Auf Einladung der Präsidentin nahmen sie ihre Bemühungen im April wieder auf.

Das Misstrauen beider Seiten gegenüber dem Verhandlungspartner ist 2004 gewachsen, woran beide Seiten jedoch nicht unschuldig sind. Die LTTE scheint den Waffenstillstand für eine kontinuierliche Aufrüstung zu nutzen, worauf die Regierung im Süden mit steigenden Ausgaben im Verteidigungshaushalt reagierte. Auch die Flut-

katastrophe, die große Opfer unter allen Bevölkerungsgruppen forderte, führte nicht zu einer Annäherung der Konfliktparteien.

Druck auf die Weiterführung der Friedensverhandlungen wird von der internationalen Gemeinschaft ausgeübt. Im Juni kündigte die EU an, dass die für den Wiederaufbau des Nordens und Ostens während der Tokio-Konferenz zugesagten Mittel von 4,5 Milliarden Dollar nicht zeitlich unbegrenzt zur Verfügung ständen. Bei verschiedenen Gelegenheiten schien die Aufrechterhaltung des Waffenstillstands am seidenen Faden zu hängen: Entgegen den Vereinbarungen des Waffenstillstandsabkommens errichtete die LTTE zahlreiche neue Militärcamps um die wichtige Hafenstadt Trincomalee im Osten. Dort kam es zweimal zu Unruhen, die von der North East Sinhala Organization ausgelöst wurden. Die Organisation ist von der JVP ins Leben gerufen worden und soll die Rechte der singhalesischen Minderheit im Osten vertreten. Befristete Ausgangssperren und die Blockierung aller Zufahrtsstraßen nach Trincomalee durch die sri-lankische Armee waren die Folge. Im Juli kamen bei einem Selbstmordanschlag in Colombo, dessen Opfer Minister Devananda (EPDP) sein sollte, vier Polizisten und die Attentäterin ums Leben. Die LTTE lehnte jede Verantwortung für den Anschlag ab, ebenso für zahlreiche Morde an Karuna-Sympathisanten und EPDP-Mitgliedern im Norden und Osten sowie in Colombo.

Spaltung der LTTE

Anfang März weigerte sich der LTTE-Kommandant für die Ostprovinz, Karuna, neue Kämpfer in den Norden zu entsenden. Er wehrte sich dagegen, dass Rekruten vor allem aus dem Osten in Kämpfen eingesetzt würden, ohne dass die Tamilen aus dem Osten angemessen in der Führung der LTTE vertreten seien. Gleichzeitig gab er bekannt, bereits seit Februar in Kontakt mit Präsidentin Kumaratunga zu stehen und ein Friedensabkommen für den Osten verhandeln zu wollen. Die LTTE-Führung im Norden griff am 11. April die Truppen Karunas an, wodurch der Widerstand zunächst niedergeschlagen werden konnte. Allerdings gab es über das ganze Jahr hinweg verschiedene Gefechte und Morde von beiden Seiten. Zahlreiche Anhänger der Partei EPDP sowie vermutliche Karuna-Anhänger wurden ermordet, gleichzeitig begann die LTTE eine Einschüchterungskampagne vor allem gegen Intellektuelle im Osten, die bisher keine klare Stellung bezogen haben.

Karuna gründet im Oktober eine eigene Partei, die Tamileelam Mahal Viduthalai Pulikal (People Liberation Tigers of Tamileelam). Als Ziel hat sich

die Partei gesetzt, für die Rechte der Tamilen und ihre Befreiung von der LTTE zu kämpfen. Der Freiheitskampf soll dabei auf demokratischen Prinzipien beruhen. LTTE-Führer Prabhakaran bezeichnete Karuna in verschiedenen Interviews als Terroristen, der die tamilische Bevölkerung gespalten und ihre Kultur und demokratischen Normen zerstört hat.

Die LTTE-Führung reagierte auf diese Entwicklungen mit zahlreichen personellen Änderungen, Prabhakaran umgibt sich nur noch mit besonders treuen Gefolgsleuten. Die Auswirkungen des Waffenstillstands scheinen für die Rebellenbewegung zweischneidig zu sein: Zwar haben sie nun Zeit, den in den Vorjahren begonnenen Aufbau einer parallelen Verwaltungsstruktur weiter zu führen, gleichzeitig scheinen jedoch die Spannungen innerhalb der Führung zuzunehmen. Nach der Karuna-Abspaltung ist offen, ob die LTTE ihren Anspruch auf Alleinvertretung der Tamilen aufrecht erhalten kann.

Auch von Seiten der internationalen Gemeinschaft nimmt der Druck auf die LTTE zu, vor allem aufgrund der fortdauernden Zwangsrekrutierung von Jugendlichen. Zwar wurden im Sommer über 200 Kinder freigelassen, nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen wird diese Zahl jedoch durch Neurekrutierungen übertroffen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Mit 5,5% fiel das Wirtschaftswachstum 2004 geringer aus als erwartet. Verantwortlich gemacht werden dafür die Entwicklungen auf den Weltölmärkten und die Dürre, die in manchen Regionen bis in den Oktober andauerte und zu zwei Ernteverlusten führte. Wachstumssektoren waren die Plantagenwirtschaft, die Verarbeitungsindustrie und der Dienstleistungssektor, v.a. der Tourismus. Die Rupee hat kurz nach den Wahlen die psychologische Grenze von 1US\$ für 100 Rupees überschritten; bis vor der Flutkatastrophe hatte die sri-lankische Währung über 8% gegenüber dem Dollar an Wert verloren. Durch die umfangreichen Hilfgelder, die nach Sri Lanka kommen, hat sich der Kurs wieder stabilisiert.

Bis zur Vorstellung der neuen wirtschaftspolitischen Strategie beschloss die UPFA-Regierung, am Haushalt der Vorgängerregierung festzuhalten. Aufgrund der Entwicklungen auf den internationalen Ölmärkten, den wieder eingeführten Subventionen für Düngemittel und den Stopp der Privatisierungen stieg das Defizit im Staatshaushalt kontinuierlich an. Große Kredite zur Finanzierung der steigenden Ausgaben erhielt Sri Lanka vor allem aus Indien und dem Iran. Auch

2005 ist ein Ansteigen der Staatsverschuldung um 7,6% einplant, bis 2008 soll die Neuverschuldung auf 4,4% zurückgeführt werden. Als mittelfristiges Wachstumsziel werden 6 – 7 % genannt.

Die Inflation ist seit Jahresmitte erheblich gestiegen und lag in den letzten Monaten des Jahres bei 10%. Um die kontinuierlich schrumpfenden Devisenreserven zu stabilisieren, wurden zahlreiche Importzölle erhoben. Zu Problemen führten die hohen Subventionen für Diesel und Benzin, da die Regierung trotz der Entwicklungen auf den Weltmärkten die staatlich festgelegten Preise erst nach den Provinzratswahlen im Juli an hob.

Mit dem Auslaufen des Multi Fibre Agreement zum Ende 2004 ist die sri-lankische Verarbeitungsindustrie, insbesondere im Textilsektor, der Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt. Gegenüber großen Herstellern, insbesondere China, kann Sri Lanka nicht konkurrieren. Mit der Unterzeichnung eines Präferenzabkommens mit der EU, das Handelsvergünstigungen mit der Einhaltung von Kernarbeitsnormen verbindet, haben sich ab Februar 2004 die Absatzchancen für sri-lankische Produkte auf dem europäischen Markt verbessert. Ab 2005 ist eine weitere Umschichtung der Exporte von den USA nach Europa zu erwarten. Die Regierung hat die Verarbeitungsindustrie von der Mehrwertsteuer befreit, um ihre Konkurrenzfähigkeit weiter zu steigern. Allein im Textilsektor sind ca. 350.000 Arbeitnehmer, überwiegend Frauen, beschäftigt; eine ähnlich hohe Zahl von Arbeitsplätzen besteht indirekt. Bereits jetzt ist absehbar, dass viele kleine Textil- und Zulieferbetriebe langfristig nicht konkurrieren können.

Bei den Verhandlungen mit den USA über den Abschluss eines Freihandelsabkommens konnten 2004 trotz verschiedener Gesprächsrunden keine Fortschritte erzielt werden. 2002 war ein "Trade, Investment and Frame Work Agreement" (TIFA) unterzeichnet worden. Die in Aussicht gestellten Handelspräferenzen werden darin abhängig gemacht von Marktliberalisierungen in Sri Lanka. Angesichts der sich abzeichnenden stärkeren Regulierung der Wirtschaft ist fraglich, ob die Verhandlungen im nächsten Jahr zum Abschluss gebracht werden können.

Soziale Entwicklung

Die Zersplitterung der sri-lankischen Gewerkschaftsbewegung vereitelte auch 2004 eine effiziente Vertretung der Arbeitnehmerinteressen. Auf drängende Probleme wie die anstehenden Reformen in der Arbeitsgesetzgebung und dem

Kaufkraftverlust bedingt durch die wachsende Inflation haben die Gewerkschaften keine Antwort. Entsprechend sinkt die Mitgliederzahl. Nach aktuellen Schätzungen liegt der Organisationsgrad bei nur noch 10%. Mitgliederzuwächse gibt es vor allem bei den JVP-Gewerkschaften, die aber vor allem politische Interessen und weniger die Arbeitnehmervertretung zum Ziel haben. Da die JVP-Gewerkschaften zulasten der SLFP-Gewerkschaften wachsen, nimmt die Zahl der Konflikte zwischen beiden Gruppen zu. Darüber hinaus gelang es der JVP, Kandidaten in anderen unabhängigen Gewerkschaften vor allem im öffentlichen Sektor einzuschleusen. Die Inter-Company Employees Union (ICEU) und die All Ceylon Federation of Trade Unions (ACFTU) sind direkte Unterorganisationen der JVP und arbeiten als Parteiorganisation in den Betrieben. Durch ihre schnellen und harten Aktionen gegen das Management sind diese Gewerkschaften für die Beschäftigten attraktiv. International sind die JVP-Gewerkschaften nicht affiliert, internationale Vereinbarungen wie die ILO-Kernarbeitsnormen lehnen sie ab.

Die Verletzung von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten, vor allem in Freihandelszonen, ist weiterhin ein Problem in Sri Lanka. In den Freihandelszonen arbeitet vor allem das staatliche Board of Investment (BOI) gegen den Aufbau von Gewerkschaften in den Betrieben und lehnt jeden Dialog mit unabhängigen Arbeitnehmervertretungen ab. Auch von Seiten der Regierung wird Gewerkschaftsanliegen geringe Präferenz gegeben: So eskalierte ein Streik beim Schuhhersteller Bata, als die Arbeitsbehörde nicht gegen die Kündigung eines Gewerkschaftsführers eingeschritten war, der den Missbrauch von Arbeitnehmergeldern durch die Geschäftsführung öffentlich gemacht hatte. Als die Beschäftigten gegen diese Maßnahme demonstrierten, wurden 500 gewerkschaftlich organisierte entlassen und zum Teil gewaltsam von der Polizei aus dem Werksgelände vertrieben. Entsprechend der geltenden Gesetzgebung hätte die Arbeitsbehörde gegen die Veruntreuung der Gelder direkt vorgehen müssen, wodurch der Streik hätte vermieden werden können. Die Regierung musste später zugeben, dass die Polizeiaktion nicht rechtens gewesen sei.

Zahlreichen Streiks im Gesundheitswesen sowie im Transportsektor führten zu großen Problemen für die Bevölkerung und stießen auf wenig Akzeptanz. Generell hat sich 2004 das Image der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit gewandelt, vielfach werden sie nur noch als Störenfriede und nicht als Interessenvertretungen der Beschäftigten wahrgenommen.

Zu der von der UNP-Regierung auf Druck des Privatsektors und internationaler Finanzinstitutionen eingeleiteten Reform der Arbeitsgesetzgebung scheint auch die neue Regierung keine Alternative zu sehen. Allerdings besteht bisher noch kein Konsens über die Ausgestaltung der Reformen, so dass der Prozess in diesem Jahr nicht fortgeführt wurde. Vorgesehen sind die Verringerung des Kündigungsschutzes, die Einführung kürzerer Fristen für Arbeitsgerichtsprozesse sowie die Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Die noch von der UNP-Regierung im Januar verabschiedete Neuregelung der Entschädigungszahlungen bei Kündigungen wurde bei ihrer Vorstellung von den JVP-nahen Gewerkschaften abgelehnt. Die Gewerkschaft organisierte heftige Proteste, die u.a. zur Besetzung der Arbeitsbehörde führten. Die UPFA kündigte daher im Falle ihres Wahlsieges eine Änderung der Kompensationsformel zugunsten der Arbeitnehmer an. Bei Veröffentlichung des geänderten Gesetzes zur Jahresmitte wurden jedoch nur marginale Verbesserungen deutlich. Proteste seitens der Gewerkschaften blieben aus, nachdem der Generalsekretär der ICEU, der maßgeblich für die Proteste verantwortlich gewesen war, abgelöst wurde.

Die positiven Entwicklungsindizes können nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein großer Teil der Bevölkerung, vor allem in ländlichen Regionen, unterhalb der Armutsgrenze lebt (31%). Besonders hoch ist die Armut im Süden sowie im Zentrum des Landes, wo nur geringe Beschäftigungsmöglichkeiten existieren. Bisher liegen aber keine verlässlichen Daten aus dem Norden und Osten der Insel vor, nach Schätzungen dürften diese Provinzen noch stärker betroffen sein. Vor allem die hohe Arbeitslosigkeit ist dort ein Problem, nachdem viele Flüchtlinge nach dem Waffenstillstandsabkommen wieder auf die Jaffnahalbinsel zurückgekehrt sind.

Gender

Mit den Wahlen im April 2004 hat sich die Präsenz von weiblichen Abgeordneten im Parlament noch verringert: Unter den 225 Abgeordneten finden sich nur 10 Frauen (2%). Die meisten von ihnen haben kein eigenes politisches Profil, sondern sind Verwandte früherer Abgeordneter oder Minister. Im Oktober ergriff die Regierung die Initiative und begann mit der Erarbeitung eines Gesetzesvorschlages, der zumindest bei Kommunalwahlen eine 33%-Quote für Frauen vorsieht. Der Gesetzesentwurf soll unter Federführung des Ministeriums für Womens' Affairs zusammen mit einer 4-köpfigen Parlamentskommission erarbeitet werden.

Internationale Beziehungen

2004 haben die Beziehungen mit dem großen Nachbarn Indien nach dem Regierungswechsel in beiden Ländern eine neue Dynamik gewonnen. So wurden die Verhandlungen über ein Verteidigungsabkommen das ganze Jahr über weitergeführt, allerdings nicht zum Abschluss gebracht. Strittig ist vor allem der von Indien angebotene Ausbau des Flughafens in Jaffna, allerdings unter der Bedingung, dass er nur von sri-lankischen und indischen Flugzeugen angefliegen werden kann. Die Handelsbeziehungen im Rahmen des Freihandelsabkommens zwischen beiden Ländern konnten erfolgreich aus-

gebaut werden. Indikator hierfür ist u.a. die steigende Anzahl von Flugverbindungen zwischen beiden Ländern, auch im Tourismus stellen indische Besucher mittlerweile einen Großteil der Gäste. Indien war auch eines der ersten Länder, das Hilfe für die Flutopfer bereitstellte.

Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Pakistan wurden 2004 erfolgreich weitergeführt, die Unterzeichnung wird für Anfang des Jahres beim Staatsbesuch von Präsidentin Kumaratunga in Pakistan erwartet. Darüber hinaus gewährte Pakistan einen Kredit von 20 Millionen US\$ für den Kauf militärischer Ausrüstung.

Kontakt: Marei.John@fes.de, Tel.: 030 – 26 935 915
Ulrike.Ehnes@fes.de, Tel.: 0228 – 883 508